

Grossratsgeschäfts-Nummer: 16 / WE 7 / 281
Rechtsbuch-Nummer:
Departement: DEK

Bericht der Kommission zur Vorberatung des Bildungsberichts Thurgau 2018

Präsident: Vetterli Daniel, Landwirt, Rheinklingen

Mitglieder: Aerne Margrit, Geschäftsfrau, Lanterswil
Ammann Reto, Bildungsunternehmer, Kreuzlingen
Dransfeld Peter, Architekt, Ermatingen
Eugster Daniel, Haustechnik-Unternehmer, Freidorf
Günter Doris, Lehrerin, Winden
Nafzger Martin, eidg. dipl. Gärtnermeister, Romanshorn
Nägeli Willy, Gemeindepräsident, Oberwangen
Schaffer Erich, Landwirt, Pfyn
Schläfli Nina, Doktorandin Uni BE, Kreuzlingen
Schrepfer Urs, Schulleiter, Busswil
Senn Norbert, Leiter Volksschulamt AI, Romanshorn
Vietze Kristiane, lic. oec. publ., dipl. Wirtschaftsprüferin, Frauenfeld
Bornhauser Marlise, Sozialpädagogin HF, Weinfelden (Beobachterin)

Vertreter des Departements

Regierungsrätin Monika Knill, Chefin DEK
Paul Roth, Generalsekretär DEK
Beat Brüllmann, Chef Amt für Volksschule
Urs Schwager, Chef Amt für Mittel- und Hochschulen
Marcel Volkart, Chef Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
Viviane Zimmermann, Wissenschaftliche Sachbearbeiterin GS DEK
– *Protokollführung*
Heinz Brandner, Assistent Generalsekretariat DEK - *Protokollführung*

Die Kommission zur Vorberatung des Bildungsberichts Thurgau 2018 behandelte die Vorlage in zwei Sitzungen und dankt den Vertretern des Departementes für Erziehung und Kultur (DEK) für die Begleitung der Verhandlungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission hat sich an zwei Sitzungen mit dem Bildungsbericht auseinandergesetzt.

Ergänzend zum vorliegenden Bildungsbericht haben die Vertreter des Departementes auf Anfrage des Kommissionpräsidenten Themen aufbereitet und dargestellt, welche die politische Agenda in den letzten Jahren beschäftigt haben. Dazu gehört die Umsetzung der in Aussicht gestellten Verbesserung des Frühfranzösisch, der Umgang mit Begabungs- und Begabtenförderung und der Stand der Einführung der neuen Zeugnisse. Die Kommission Bildungsbericht hat keine Beschlüsse zu fassen. Der Wert dieser Beratung ist demnach die Diskussion der Bildungsinhalte mit den Vertretern des Departementes. Dieser Diskurs hat für beide Seiten gewinnbringend stattgefunden. Die Umstellung auf den Vierjahresrhythmus hat sich als richtig erwiesen.

Eintreten

Regierungsrätin Monika Knill weist in ihrem Eintreten auf den Wechsel zum Vierjahresrhythmus hin. Mit dieser Änderung und der neuen Namensgebung wurde der Bericht weiterentwickelt und steht im Kontext zum Bildungsbericht Schweiz.

Die Kommissionsmitglieder äussern sich sehr positiv zur Ausgestaltung des Berichtes. Er ist umfassend, gut, verständlich und klar formuliert. Einzelne Kommissionmitglieder vermissen, dass er sich hauptsächlich mit der Vergangenheit, aber wenig mit der Zukunft der Bildung im Kanton Thurgau auseinandersetzt.

Detailberatung

Die Kommission hat den Bericht an zwei Sitzungen beraten. An der ersten Sitzung wurden die Kapitel 1-5, an der zweiten Sitzung die Kapitel 6-12 behandelt.

Nach dem Eintreten erläuterte Beat Brüllmann, der Chef des Amtes für Volksschule, folgende Themen in Ergänzung zum Bericht:

Stand der Massnahmen zur Verbesserung des Frühfranzösisch

- Die erleichterte Dispensation
Es ist in Zukunft möglich, ohne Beizug der Schulaufsicht Kinder vom Französischunterricht zu dispensieren.
- Der Ausbau des Halbklassenunterrichtes
Mindestens eine Lektion wird im Halbklassenunterricht erteilt.
- Die Promotion
Französisch hat keinen Einfluss mehr auf die Einteilung beim Übertritt auf die Sekundarstufe.
- Wechsel des Unterrichtsmittels.
Ab Schuljahr 19/20 wird das Lehrmittel „dis donc!“ eingeführt.

Die Diskussion zu diesem Thema war dem Übertritt von der Primarschule zur Sekundarschule gewidmet. Der Ausschluss von Französisch als Promotionsfach wurde begrüsst, die Art und Weise des Einbezugs von Mathematik wurde intensiv und kontrovers diskutiert. Es ist für die Kommission irritierend, dass Mathematik neu Promotionsfach ist, aber bei den koordinierten Aufnahmeprüfungen (früher Protestprüfungen) keine Rolle spielt. Das Departement stellt in Aussicht, die Ungereimtheiten im Übertrittsreglement auszuräumen.

Die Beurteilung im neuen Lehrplan

- Amtsleiter Beat Brüllmann orientiert, dass die Phase 1 mit Schulversuch, dem Dialog Beurteilung und dem Monitoring bald abgeschlossen ist und im Juni 2019 der Schlussbericht vorliegt. Nach der Anhörung bei den Bildungsverbänden und der Vernehmlassung rechnet er mit der Einführung im Jahr 2020.
- Zum Monitoring. Obwohl interkantonal eine Harmonie bei der Beurteilung gewünscht wird, will zuletzt jeder Kanton und jedes Parlament selber entscheiden, was eine Harmonisierung schwierig macht.

Die Begabtenförderung im Kanton Thurgau

Der Amtschef zeigt auf, was sich in den letzten Jahren bewegt hat. Grundsätzlich gehört die Begabungs- und Begabtenförderung in die Förderkonzepte der einzelnen Schulgemeinden. Neu werden übergreifend Ateliers und Impulstage für besonders begabte, respektive interessierte Kinder angeboten. Die Nachfrage ist bei den Kindern der Mittelstufe am grössten, während das Interesse auf der Sekundarstufe signifikant sinkt.

Die Entwicklung im Bereich Begabtenförderung wurde von den Kommissionsmitgliedern begrüsst. Während einzelne wünschten, den Fächer zu öffnen und z.B. Lehrbetriebe in die Auswahl zu integrieren, begrüsst andere ausdrücklich, dass besonders begabte Kinder Angebote finden, die Lust auf Lernen wecken mit Angeboten, die sie speziell fordern.

Die Kommission hält am Grundsatz fest, dass auch besonders begabte Schüler grundsätzlich in der Klasse gefördert werden sollen und die schulübergreifenden Angebote eine sinnvolle, attraktive Ergänzung sind.

Separation und Integration

- Beat Brüllmann zeigt auf, dass bei insgesamt gleichbleibenden Kosten pro InS-Schüler oder -Schülerin der Anteil der Kinder, die integrativ beschult werden, in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist. Die aktuelle Sonderschulquote liegt bei 2.8 % und damit etwas unter dem schweizerischen Durchschnitt. Bemerkenswert ist, dass in beiden Bereichen die Knaben stark vertreten sind.

Mitglieder der Kommission begrüsst ausdrücklich die Möglichkeit, Kinder integrativ zu beschulen, sofern weder die Kinder noch die Klasse überfordert werden. Mehrere Mit-

4/10

glieder haben den Eindruck, dass aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen die Anzahl der Kinder, die Massnahmen benötigen, ansteigt. Die Kommission machte sich zudem stark für die frühe Förderung, die unbestritten ist, weil der Anteil verhaltensauffälliger Kinder im Kindergarten signifikant ansteigt.

Nach dieser Behandlung von aktuellen, zusätzlichen Themen wurde der Bericht kapitelweise diskutiert.

Vorwort der Chefin des Departementes Erziehung und Kultur

- Zur Kenntnis genommen.

1. Bildungspolitik im Zeitraum 2013-2017

1.1 Nationale und interkantonale Ebene

Die Kommission regte an, im Bereich der Ausbildung der Erzieherinnen frühe Kindheit mit den Pädagogischen Hochschulen zusammenzuarbeiten, damit kein Bruch entsteht. Dem entgegnete die Regierungsrätin, dass bereits heute im Bereich der Ausbildung eine Überschneidung herrscht und die Zusammenarbeit klappt.

Mehrere Kommissionsmitglieder insistierten, dass bei einer Neuakkreditierung der PH Thurgau diese mit Augenmass durchgeführt wird. Der primäre Auftrag der PH ist die Ausbildung von Lehrpersonen für die Thurgauer Volksschule und die Sekundarstufe II. Diesem Auftrag haben sich andere Disziplinen (z.B. Forschung) unterzuordnen.

1.2 Kantonale Ebene

Die Frage nach der Einhaltung der Kriterien für die Auftragsvergabe im Informatikbereich beantwortete die Regierungsrätin folgendermassen: Das DEK ist sich der Sensibilität bewusst, häufig sind aber die Schulgemeinden selber betroffen. Bei Unklarheiten holt sich das DEK Unterstützung bei der Fachstelle „Öffentliches Beschaffungswesen“ des DBU.

2. Stufenübergreifende Themen

Ergänzend zum Bericht über die Begabungs- und Begabtenförderung der Primarschule und Sek I wurde die Frage gestellt, wie auf der Sekundarstufe II mit diesem Thema umgegangen wird. Neben Initiativen der einzelnen Gymnasien wurde auch nachgefragt, ob die Lehrlinge auch Zugang zu entsprechender Förderung haben.

Der Präsident stellt in Aussicht, dass an der nächsten Sitzung die entsprechenden Ämter detailliert informieren werden.

3. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Dieser Bericht wird mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen, dass Zahlen auf Schulgemeindeebene über die Entwicklung an den einzelnen Schulstandorten wenig aussagen.

4. Frühe Förderung

Dieses Thema wurde kontrovers diskutiert. Von Seiten der Schulgemeinden besteht nach wie vor der Wunsch, dass der Besuch von Förderangeboten auch eingefordert werden kann. Dies unter dem Eindruck, dass sich Verhaltensauffälligkeiten unabhängig der Nationalität stark vermehrt haben. Diskutiert wurden Lösungsansätze der Kantone Basel und Schaffhausen.

5. Volksschule

Einleitung

Die Frage, ob eine Schule auf die Einstufung beim Übertritt in die Sekundarschule verzichten kann, wurde von der Regierungsrätin mit dem Verweis auf das Volksschulgesetz verneint.

5.1 Berichterstattung über Projekte

Das Lernmedium „Thurgau du Heimat“, das nebst dem Vermitteln von Informationen zu unserer Heimat Thurgau ein spannendes Projekt ist, mit dem zudem die Lernziele Medien und Informatik erfüllt werden können, wurde detailliert besprochen. Auf die Nachfrage, ob diese Plattform nach den vier Einführungsjahren von Privaten gewinnoptimiert verkauft werden kann, versicherte der Amtschef Beat Brüllmann, dass alle Rechte beim Kanton Thurgau sind.

5.2 Statistisches Portrait

Kommissionsmitglieder haben die grossen Unterschiede beim Anteil der ausländischen Kinder der verschiedenen Schulgemeinden zum Thema gemacht. Die Frage wurde gestellt, ob es keine Möglichkeit gibt, mittels verschiedenen Massnahmen die Unterschiede auszugleichen. Offenbar gab es in der Vergangenheit schon etliche Ansätze zu diesem Thema, im Endeffekt aber alle erfolglos. Unser Kanton berücksichtigt die Unterschiede mit dem Sozialindex. Schulen mit einem hohen Sozialindex bekommen einen Zuschlag und können so mit differenzierten Massnahmen auf die Situation reagieren.

Anschliessend wurde das Thema der Kinder, die in der Schweiz wohnen, aber im grenznahen Deutschland zur Schule gehen, thematisiert. Zu diesem Thema wird das Departement Erläuterungen und Zahlen an die zweite Sitzung der Kommission Bildungsbericht mitbringen.

Die letzten Fragen haben die Mitglieder der Kommission zur Belastung der Schulleiter und der Gesundheit der Lehrpersonen gestellt. Die Grafiken des VSLCH sind nicht sehr aussagekräftig. Unbestritten ist, dass der Gesundheit von Lehrpersonen und Schulleitern Sorge getragen werden muss.

6. Mittelschulen

Zu Beginn der zweiten Sitzung erläutert Amtsleiter Urs Schwager zusätzlich zum Bildungsbericht zwei Themen:

- **Begabtenförderung:** Die Mittelschulen verstehen sich als Ort der Begabtenförderung. Je nach Mittelschule bestehen besondere Förderangebote wie MINT-Klassen oder Immersionsklassen in Englisch/Französisch. Ebenfalls nehmen Schüler an Wissenschaftswettbewerben teil, welche die Schüler zusätzlich zum normalen Unterricht fordern. Romanshorn bietet mit der Matura Talenta Schülern mit Begabungen in den Bereichen Sport, Tanz und IT gute Möglichkeiten. Schüler der Kantonsschulen Romanshorn und Kreuzlingen haben im Rahmen eines sogenannten Schülerstudiums die Möglichkeit, bereits während der Mittelschulzeit einen Teil des Studiums an der Universität Konstanz zu absolvieren. Einen speziellen Weg geht die PMS mit den Kunst- und Sportklassen. Den ausgewiesenen Talenten wird sehr viel Raum gegeben mit der Konsequenz, dass es bis zur Matur ein Jahr länger dauert.

Da die Angebote der verschiedenen Kantonsschulen offensichtlich differieren, wurde aus der Kommission die Frage gestellt, ob der Wohnort der Schüler die Möglichkeiten begrenzt. Dem ist nicht so, den Schülern ist freigesellt, welche Kantonsschule sie besuchen wollen. Der Wahl sind aufgrund der Fahrdistanzen zur jeweiligen Schule Grenzen gesetzt. Zudem hat der Thurgau auf die Angebote der Kantonsschule Wil keinen Einfluss.

- Schüler mit Wohnsitz in der Schweiz, die in Konstanz die Grundschule oder das Gymnasium besuchen. In Konstanz gibt es vier Gymnasien, die Schüler treten von der 5.-9. Klasse ein. Zurzeit ist der Anteil von Schülern aus der Schweiz bei ca. 7%. Dieser Wert ist tiefer als der Durchschnitt der letzten 100 Jahre (10%). Aktuell besuchen 241 Schüler aus der Schweiz ein Konstanzer Gymnasium. Die genaue Anzahl der Schüler aus der Schweiz an Konstanzer Gymnasien, die bereits die Grundschule in Deutschland besucht haben, ist nicht bekannt. Das Abitur ist nicht 1:1 mit der Matura vergleichbar. Je nach Hochschule in der Schweiz müssen noch spezielle Zusatzkriterien erfüllt werden.

6.1 Einleitung

Wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Berichterstattung über Projekte

Es wurde aus der Kommission die Frage gestellt nach der Innovation und Qualität unserer Mittelschulen im interkantonalen Vergleich. Der Amtsleiter Urs Schwager erläuterte, dass die sehr guten Resultate der externen Evaluation sowie die hohe Studienabschlussquote gute Hinweise zur hohen Qualität unserer Mittelschulen geben.

7/10

Ebenso erläutert der Amtschef, wie die 272 Lektionen Informatik als obligatorisches Fach ab 2020/21 in den Unterricht der ganzen Gymnasialzeit eingebaut werden.

Es ist in Frauenfeld neu möglich, die Fachmatura Pädagogik zu machen, die im laufenden Jahr 15 Schüler besuchen.

6.3 Qualitätssicherung

Unter diesem Thema wurden die Resultate der Ehemaligenbefragung diskutiert. Neben Rückschlüssen auf die Qualität der Ausbildung ist mit dieser Erhebung möglich, etwas über die Bildungsverläufe und die Dropoutquote zu erfahren.

6.4 Entwicklung an den einzelnen Mittelschulen

Der Amtsleiter Urs Schwager informiert auf Nachfrage, dass es in der Thurgauisch-Schaffhauserischen Maturitätsschule für Erwachsene (TSME) zu einer Verschiebung der Angebote kam. Während in der TSME nur noch eine Jahrgangsklasse der Maturitätsschule geführt wird, gibt es inzwischen drei Passerellenkurse. Diese werden von Berufsmaturanden besucht, die ein universitäres Studium anstreben.

7. Berufsbildung

Zu diesem Kapitel erläuterten Regierungsrätin Monika Knill und Amtsleiter Marcel Volkart die aktuellen Entwicklungen bezüglich Standorte der überbetrieblichen Kurse.

Die Berufsbildung hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Viele Betriebe haben sich spezialisiert. Damit hat die Bedeutung der überbetrieblichen Kurse (üK) zugenommen. Die Lehrlinge werden an zentralen Orten in wichtigen handwerklichen Kompetenzen unterrichtet.

Das Berufsbildungsgesetz definiert und koordiniert den üK1-Beitrag. Aufgrund der Bedeutung der Berufsbildung im Thurgau richtet der Kanton freiwillig einen üK-2 Beitrag aus.

Während einige Berufsverbände an zentralen Standorten Ausbildungszentren betreiben, bilden andere nach wie vor in den Räumlichkeiten des BBZ aus. Weil diese andere Bedingungen haben als die Verbände, die externe Zentren betreiben, engagiert sich der Kanton für eine einheitliche, gerechte Lösung für alle Berufe. So wird zurzeit ein üK-Campus an zentraler Lage intensiv diskutiert.

7.1 Einleitung

Wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Berichterstattung über Projekte

Auf Nachfrage aus der Kommission informierte der Amtsleiter Marcel Volkart detailliert über den zaghaften, aber gelungenen Start der niederschweligen Ausbildung. Die Auf-

8/10

gabe des Kantons ist es, den einen Tag der Berufsbildung sicherzustellen, der zentral über die verschiedenen Berufe in Kreuzlingen stattfindet.

Voraussetzung ist, dass Jugendliche sich für eine solche Ausbildung eignen und sich Betriebe finden, die den Arbeitsplatz für die praktische Ausbildung zur Verfügung stellen. Sofern das Potential vorhanden ist, streben auch diese Jugendlichen nach dieser Ausbildung nach einem EBA-Abschluss.

Das nächste Diskussionsthema sind die Integrationskurse für jugendliche Asylsuchende. Im Gegensatz zu andern Kantonen hat der Kanton Thurgau ein mehrjähriges Programm. Dieses fokussiert nicht nur auf den Erwerb der Sprachkompetenz, sondern auch auf die Vorbereitung auf die Berufsbildung. Bis jetzt haben noch keine Jugendlichen die ganze Zeit durchlaufen, weshalb es für eine Bilanz noch zu früh ist.

7.3 Qualitätssicherung

Wird zur Kenntnis genommen

7.4 Entwicklungen an den einzelnen Berufsfachschulen

An dieser Stelle informiert der Amtschef Marcel Volkart zusätzlich zum Bildungsbericht über die Angebote für besonders Begabte, die zusätzlich zur Berufsfachschule ermöglicht werden. Diese Angebote existieren vor allem im Sportbereich. So existiert das SportKV. In andern Berufen erhalten die Lernenden Dispens vom Sportunterricht und für Anlässe und Wettkämpfe. Weil die Lernenden neben der Schule auch durch die Lehrbetriebe unterstützt werden müssen, führt das Sportamt eine Liste mit geeigneten Lehrbetrieben.

Zu den Entwicklungen gehört auch die zunehmende Anzahl von Jugendlichen, die nach einem EFZ-Abschluss eine verkürzte Ausbildung in einem Zweitberuf durchlaufen.

7.5 Statistisches Portrait

Das Ziel des Bundes ist, dass 95% der 25-Jährigen einen Sek II-Abschluss haben sollen. Mit 93.5% ist der Kanton Thurgau diesem Ziel sehr nahe.

8. Hochschulen

8.1 Einleitung

Regierungsrätin Monika Knill informiert über die Bildung der Fachhochschule Ostschweiz, an der sich der Kanton Thurgau beteiligt. Aus Sicht des Thurgaus ist wichtig, dass über die politische Trägerkonferenz ein Mitspracherecht verankert ist und dass bei einer weiteren Institutsgründung der Kanton Thurgau zum Zug kommen soll.

8.2 Entwicklung in den Hochschulen und Institutionen

Wurde zur Kenntnis genommen. Bemängelt wurde, dass sich der Bericht zu ausschliesslich auf das Operative beschränkt. Der Umfang des Berichtes erlaubt es laut dem Amtsleiter nicht, viel tiefer in die Materie einzutauchen.

8.3 Statistisches Portrait

Einmal mehr wurde die tiefe Maturaquote thematisiert. Ein Faktor ist der Branchenmix im Kanton Thurgau, der viele qualifizierte Berufsleute, aber weniger Spezialisten erfordert. Regierungsrätin Monika Knill weist darauf hin, dass sich der Thurgau rasch verändert und aufgrund der digitalen Transformation zunehmend hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Auch im traditionellen, z.B. landwirtschaftlichen Bereich findet Innovation und Forschung auf hohem Level statt. Es ist sehr zu wünschen, dass diese Tatsache dazu führt, dass mehr Studierende nach ihrem Studium in den Thurgau zurückkehren und diese vermehrt im Thurgau eine Anstellung annehmen.

Ein Kommissionsmitglied wies auf die Notwendigkeit hin, die Zusammenarbeit zwischen der Thurgauer Industrie und den Hochschulen zu intensivieren, um auf die spannenden Arbeitsplätze hinzuweisen.

9. Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Die Kommission diskutiert die Frage der Finanzierung der höheren Berufsbildung im Kontext zu den für die Studierenden anfallenden Kosten an Fachhochschulen und Universitäten. Bei der höheren Berufsbildung werden die Institutionen nicht mehr unterstützt. Die Studierenden erhalten nach dem erfolgreichen Absolvieren einer Weiterbildung (z.B. Meisterprüfung) 50% der Kosten zurückerstattet. Die für die Absolventen anfallenden Kosten fallen deshalb viel höher aus als bei einer universitären Ausbildung. Zudem ist die Finanzierung eine Herausforderung, weil die Rückzahlung erst nach der erfolgreich absolvierten Ausbildung erfolgt.

In verschiedenen Berufen werden Weiterbildungen stark nachgefragt, ohne dass ein Abschluss absolviert wird. Dies betrifft z.B. Module der Weiterbildung Hauswirtschaft. Der Kanton Thurgau hat auf diese Situation reagiert und bezahlt für Weiterbildungen, bei denen ein öffentliches Interesse besteht, fixe, abgestufte Beiträge pro Teilnehmer und Lektion an die durchführenden Institutionen.

Die Kommissionsmitglieder bemängeln diese Situation. Sie führt in einigen Berufen dazu, dass es schwierig ist, qualifizierten Nachwuchs für die Betreuung der Lernenden zu finden oder zur Weiterbildung zu motivieren.

9.1 Einleitung

Wird zur Kenntnis genommen.

10/10

9.2 Entwicklungen an Schulen und Institutionen

Aus der Kommission wird die Frage gestellt, warum die Weiterbildungen des Staatsappersonals in diesem Bericht nicht enthalten sind. Regierungsrätin Monika Knill antwortet, dass im Bildungsbericht keine Weiterbildungen, die von Arbeitgebern angeboten werden, aufgenommen worden sind.

9.3 Statistisches Portrait

Wird zur Kenntnis genommen.

10. Ausblick

Aus der Kommission wird die Frage gestellt, ob eine Zusammenarbeit interkantonal und international möglich ist und auch praktiziert wird. Regierungsrätin Monika Knill informiert, dass eine kantonsübergreifende Zusammenarbeit problemlos möglich ist. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit muss übergeordnet von den beiden Ländern bewilligt werden. Wie die Zusammenarbeit mit Konstanz oder das Programm „Xchange“ beweist, ist das möglich, aber mit einigen Hürden belegt.

Amtschef Marcel Volkart informiert, dass der Austausch mit den Nachbarländern sehr gut funktioniert und auch gepflegt wird.

Aus der Kommission wird angeregt, dem Sonderschulbereich mit seinen vielen Facetten im nächsten Bericht mehr Gewicht zu geben.

Der Amtschef weist nochmals auf die grossen Anstrengungen des Kantons und der Berufsverbände hin, für alle Jugendlichen einen guten Platz zu finden. Als Beispiele sind die niederschwellige Ausbildung und der Nachteilsausgleich zu nennen.

11. Bildungsausgaben

Wird zur Kenntnis genommen.

12. Anhang

Wird zur Kenntnis genommen.

Rheinklingen, den 5. April 2019

Der Kommissionspräsident

Daniel Vetterli